

Zu den Vorgängen um den Fall Santrich, den Rücktritt von Generalstaatsanwalt Martínez und die Erklärung des früheren Chefunterhändlers der FARC, Iván Márquez, die Abgabe der Waffe sein ein Fehler gewesen, veröffentlicht das Magazin SEMANA am 24.5.2019 einen Kommentar des Politologen Ariel Ávila:

Die Strategie der Wiederbelebung der FARC

Nach zwei Wochen heftiger Bewegungen in der Politik werden drei Dinge klar. Zum einen, dass Staatsanwalt Néstor Humberto Martínez nicht wegen des Agierens der Übergangsjustiz (JEP) im Fall Santrich zurücktrat, dies dienste nur als Entschuldigung gegenüber einem ahnungslosen Publikum. In Wahrheit gibt es Dokumente und Teile eines Videos, das man nicht an die JEP weitergeben wollte, welche zeigen, dass die Entscheidung zum Rücktritt nur dazu dienen soll, das Ansehen der Übergangsjustiz zu beschädigen. Hingegen erfuhr man in den letzten Stunden, dass der amtierende Generalstaatsanwalt eine Untersuchung gegen Martínez wegen seines Agierens im Fall Odebrecht (Brasilianischer Baukonzern, der in Korruptionsverdacht steht, A.d.Ü.) steht, beantragt hat.

Zweitens deutet das ganze Theater um die Freilassung und erneute Verhaftung von Santrich darauf hin, dass die Regierung und politische Kreise im Land danach streben, die FARC wiedererstehen zu lassen und damit Gespenster der Unsicherheit zu erschaffen, um so ihre Umfragewerte steigen lassen. Zu den Attentaten auf frühere FARC-Kämpfer kommt hinzu, dass die früheren Mitglieder der Guerrilla sich auf herrschende Rechtsunsicherheit berufen. Die Lage von Santrich wird bewirken, dass mehrere mittlere Ränge der FARC rückfällig werden und wenn diese Situation anhält, dürfte Iván Márquez sich schwerlich wieder in den Friedensprozess eingliedern.

Gewiss ist dieses Kalkül dieser politischen Kreise absurd, basiert aber auf mehreren Prämissen. Die erste besteht darin, dass für einige Kolumbianer es krimineller erscheint, Drogengeschäfte vorzubereiten oder Drogen in die USA zu verschicken als zu kidnappen oder zu töten. Im realen Leben wäre es gerecht, wenn Santrich in Kolumbien verbliebe und mitwirkte an der Überwindung des Konflikts, anstatt in ein Gefängnis im Ausland zu gehen, wo er nichts zu Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung beitragen könnte. Zum anderen wäre es kein großer Erfolg für die Justiz, wenn ein alter Mann in den USA einsäße, aber es wäre ein großer Antrieb für die Zunahme an Dissidenten der FARC. Das Thema der Rückfälligkeit endet nicht bei der bloßen Zahl früherer FARC-Mitglieder, die wieder zu den Waffen greifen, sondern die zentrale Frage ist, wie viele höhere Ränge dies tun. Heute verfügen im Departement Putumayo die Dissidenten nach dem Tod von Cadete (früherer FARC-Kommandant, der Gruppen anführte, die das Friedensabkommen ablehnen, A.d.Ü.) nicht über Führungskräfte hohen Profils, und in mehreren Zonen im Südosten konnten sie sich nicht ausbreiten, weil es an Befehlsgebern fehlt. Somit dürften sich diese kriminellen Gruppen festigen, sollten solche Personen sich ihnen anschließen. Schließlich liegt die Popularität von Präsident Duque bei 30%, ein sehr niedriger Wert in der Anfangsphase einer Regierung, was dazu führt, dass die radikalen Gruppierungen in der Regierungspartei Kontrolle und Führung übernehmen in der politischen Offensive. Bekanntlich war es immer ihre Strategie, dem Rechtsstaat Daumenschrauben anzulegen.

Am Ende könnte vielleicht der Urubismus (Strömung des früheren Präsidenten Uribe in der Regierungspartei CD, A.d.Ü.) sein Ziel erreichen, die FARC wieder aufleben zu lassen und damit darauf abzielen, eine neue Agenda der öffentlichen Sicherheit aufzustellen, die ihr desaströses Regieren übertüncht. Aber sie müssen verstehen, dass das heutige Kolumbien nicht mehr das von 2002 ist. Zum Beispiel ergriff die Regierung nach dem schrecklichen Attentat des ELN (noch agierende Guerrillabewegung, A.d.Ü.) auf die Polizeischule „General

Santander“ die Gelegenheit, eine Sicherheitskampagne zu starten und versprach sofortige Gegenschläge. Aber nichts passierte, was die Folge davon ist, dass die Bedingungen des Kampfes sich geändert haben, es gibt keine Guerrillacamps mehr, keine Uniformen, keine Unterscheidungsmerkmale, die Logik ist eine andere, weshalb große Operationen, denen Dutzende Guerrilleros zum Opfer fallen, kaum noch stattfinden können. Auch wenn die Regierung eine neue Politik der Verteidigung und Sicherheit begonnen hat, gibt es in der Fläche des Landes nichts Neues, man hat nichts aufgestellt und nirgendwo sind Ergebnisse zu erkennen.

Schließlich, als drittes Element: Obwohl das Land über die JEP und über Krieg und Frieden diskutiert, hat der Uribismus nicht begriffen, dass sich Kolumbien an den Frieden gewöhnt hat und keine Gruppierung, weder die für den Frieden, noch die, welche gegen ihn ist, will zur Vergangenheit zurückkehren. So liegen die Dinge, entweder Präsident Duque radikalisiert sich und lässt sich tragen von den extremistischen Populisten in seiner Partei, oder er entschließt sich zu einem Übergang zur Mitte. Mit Sicherheit wird er es in keinem dieser beiden Szenarien leicht haben. Aber gewiss wäre es das schlechteste Szenario, irgendwo zwischen diesen beiden Optionen zu verharren.